

Die Corona-Pandemie hält die Welt weiterhin fest im Griff, dank entsprechender Impfstoffe können einige Nationen den Katastrophenmodus verlassen, die Zeit der Aufarbeitung beginnt. Ist die Welt eine andere als vor Ausbruch des Virus? Hat uns die globale Bekämpfung der tödlichen Gefahr weiter zusammenrücken lassen? Können autoritäre Systeme besser mit dem Virus umgehen als freiheitliche Demokratien? Convoco-Gründerin Corinne Flick zieht gemeinsam mit Peter Wittig Bilanz. Der ehemalige Diplomat war bis Frühjahr 2020 Botschafter in London.

Herr Wittig, wie hat sich die Pandemie auf die freiheitliche Weltordnung ausgewirkt?

Die Pandemie wurde unmittelbar zu einer Angelegenheit von Regierungen und Staaten. Es entstand schnell eine Art Systemwettbewerb zwischen autoritären und demokratisch-freiheitlichen Staaten, wer erfolgreicher in der Bekämpfung der Pandemie sei. Gleichzeitig gab es sehr ambivalente Reaktionen. Zum einen sahen wir nationalistische und protektionistische Reflexe, auch in der Europäischen Union. Andererseits zeigte sich ein Bewusstsein, dass es sich um eine globale Herausforderung handelt, die nur gemeinsam bewältigt werden kann. Es gab also beides, Nationalismus und Multilateralismus. Darüber hinaus kann man festhalten, dass die Pandemie die Rolle des Nationalstaates gestärkt hat. Wir erleben einen Staatsinterventionismus ohnegleichen, vielleicht in der stärksten Form seit Jahrzehnten. Wir beobachten eine ungeheure Transformation der Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik. In den USA, einem Land, das Regierungen eher kleinhalten wollte, ist jetzt Big Government Trumpf. Global betrachtet wirkt die Pandemie zudem als Katalysator, der die ohnehin im Gang befindliche Verschiebung des Gravitationszentrums nach Asien noch beschleunigt. China ist der große wirtschaftliche Gewinner dieser Pandemie, und auch andere asiatische Staaten haben die Situation vergleichsweise gut gemeistert. Asien spielt eine größere Rolle in unserer globalen Ordnung als vorher. Eine De-Globalisierung wird es meines Erachtens aber nicht geben, sondern eher eine regional-zentrierte Globalisierung. Die großen Machtblöcke wie die USA, China und die EU wollen strategische Güter selbst beherrschen. Sie setzen auf Autonomie im Gesundheitsbereich, bei den Impfstoffen, aber auch in anderen Sektoren wie etwa in

der Halbleiterindustrie. Wir sehen eine wachsende Bedeutung der Geoökonomie, also der geopolitisch und strategisch ausgerichteten Ökonomie. Das sind einige Punkte, die die Pandemie hervorgebracht hat, aber es kann noch kein Gesamturteil gefällt werden, wie sich unsere Weltordnung verändert.

Können autoritäre Systeme, zum Beispiel China, durch die Pandemiebekämpfung international an Legitimität gewinnen?

Die Bilanz ist da sehr unterschiedlich. China hat durch die rigorose Beherrschung der Pandemie und durch seine Impfdiplomatie bei vielen Staaten an Ansehen gewonnen, insbesondere im sogenannten globalen Süden. Man darf allerdings nicht vergessen, dass Chinas robustes Auftreten in einigen Staaten auch Abwehrreaktionen hervorgerufen hat. Für andere autoritäre Staaten wie Russland sehe ich keinen Legitimitätszuwachs. Russland hat trotz des Exportes seines Impfstoffes keine Soft-Power, durch die ein Plus an Legitimität zustande gekommen wäre. Andere, zwar demokratische, aber gegenwärtig doch autoritär-populistisch regierte Staaten wie zum Beispiel Brasilien oder auch Mexiko gehören zu den Worst-Performers. Dort haben die Regierungen versagt. Es ist also nicht der Fall, dass es ein einheitliches Muster gibt, nach dem autoritäre Systeme von der Pandemie profitiert hätten.

Ist der Freihandel für den Westen noch die richtige Strategie oder sollten wir eher mit Exportverboten, Investitionsbeschränkungen oder gar Decoupling in die Offensive gehen?

Der Freihandel ist derzeit nicht sehr populär, auch nicht im westlichen, liberal-demokratischen Lager. Der neue US-Präsident Biden setzt eher auf Buy American. Das ist ein guter Schluck Protektionismus, der zeigt, dass er keine wirkliche Freihandelsagenda verfolgt. Deutschland ist als exportorientierte Wirtschaft auf freien Handel angewiesen, und es entspricht unseren Interessen, dass wir als starker Advokat des Freihandels auftreten. Die EU hat ungeheure Stärke im Handelsbereich. Sie ist eine Handelsweltmacht, da sie die Souveränität der 27 Mitgliedstaaten in sich vereint. Interessant ist, dass die EU ihre Strategie in der Handelspolitik jetzt als „offene, strategische Autonomie“ bezeichnet. Sie bleibt weiterhin offen für Freihandel, will aber auch in der Lage sein, sich gegen die Zumutungen anderer Spieler, etwa die Akquisition strategischer Güter durch China oder Sanktionsmaßnahmen der USA, zu wehren. Der geoökonomische Wettbewerb wird robuster. Die Wirtschaft wird immer stärker für geopolitische Ziele eingesetzt. Wenn Ursula von der Leyen sagt, dass die EU eine Geopolitical

Force werden muss, dann hat sie damit den richtigen Punkt getroffen. Die EU muss eine Macht in der Welt werden, die sich auch schützen kann. Das ist ein Paradigmenwechsel, der sich derzeit vollzieht.

Kann man trotzdem sagen, dass sich mit dem neuen US-Präsident Biden eine revitalisierte Allianz freiheitlicher, demokratischer Staaten zeigt?

Ja. Der von Präsident Trump zu verantwortende Sturm auf das Kapitol am 6. Januar dieses Jahres hat gezeigt, wie fragil, wie zerbrechlich Demokratien sein können. Biden hat sich zum Ziel gesetzt, Demokratien weltweit zu stärken und den Aufstieg autoritärer Regime zu stoppen. Er hat sich wieder klar zu den Alliierten bekannt, was für uns eine ganz wichtige Entwicklung ist. Nun will er einen Gipfel der Demokratie ausrichten und mit den USA wieder eine klare Führungsrolle übernehmen. Das klingt gut, ist aber kein unproblematisches Unterfangen. Wer gehört zu so einem Gipfel? Die Türkei, ein Nato-Partner? Polen, Ungarn? Hier kann es zu schmerzhaften Kollisionen zwischen Bündnisinteressen und freiheitlich-demokratischen Prinzipien kommen. Ich glaube, Biden weiß, dass die Glaubwürdigkeit der USA als Bannerträger der liberalen Demokratien schwer gelitten hat. Ich bin aber der Meinung, dass die westliche Welt die USA als demokratische Führungsmacht braucht, und wir sollten Biden darin unbedingt unterstützen. Allerdings ist dabei den USA eine Dosis Demut zu empfehlen.



INTERVIEW VON CORINNE M. FLICK

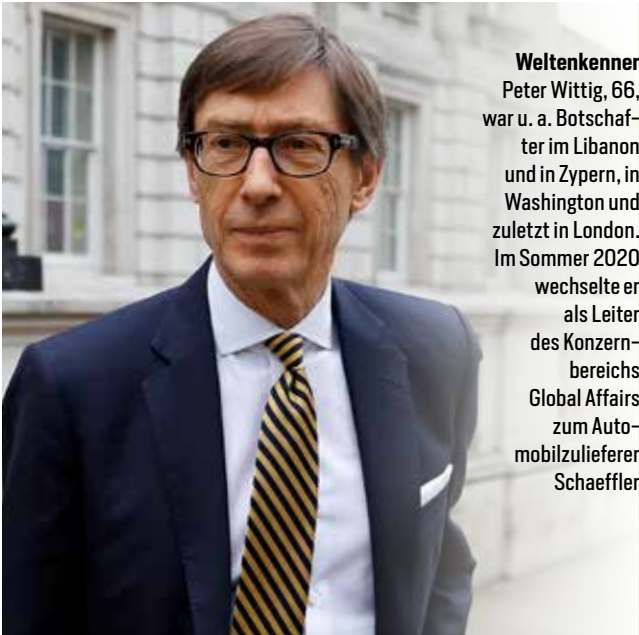
Wie geht es der Welt nach der Pandemie?

Die Gründerin der Convoco-Stiftung spricht regelmäßig mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Diese Woche mit dem ehemaligen Diplomaten Peter Wittig über die Weltordnung und ihre Bedrohungen

Was ist Convoco?

Die Convoco-Stiftung bietet unterschiedliche Plattformen, die einen freien und interdisziplinären Gedankenaustausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen ermöglichen und die Debatte beflügeln: Es gibt Lectures in Berlin und London, eine Konferenz (das

Convoco-Forum) in Salzburg. Im Convoco-Podcast spricht Corinne M. Flick, Gründerin und Vorstand der Stiftung, alle zwei Wochen mit wichtigen Vertretern der Gesellschaft. Das aktuelle Gespräch lässt sich hier hören:



Weltenkenner Peter Wittig, 66, war u. a. Botschafter im Libanon und in Zypern, in Washington und zuletzt in London. Im Sommer 2020 wechselte er als Leiter des Konzernbereichs Global Affairs zum Automobilzulieferer Schaeffler

Die Welt ist im Moment hybriden Bedrohungen ausgesetzt. Was bedeutet das genau und wie sollten wir diesen Bedrohungen begegnen?

Hybride Bedrohungen sind keine Bedrohungen in Form von Panzern. Häufig sind es virtuelle Bedrohungen, die über die neuen sozialen Medien ausgeübt werden. Es gibt aber noch viele andere Mittel, zum Beispiel die Finanzierung von Organisationen, die die Demokratie untergraben. Wir müssen dieses Phänomen der hybriden Bedrohungen unbedingt ernst nehmen, um uns bewusster und vielleicht auch robuster zu wehren. Ganz besonders in Wahlkampfzeiten. Meines Erachtens brauchen wir eine vernünftige Regulierung der sozialen Medien, denn das sind die Plattformen, auf denen Polarisierung, Hassreden und Verschwörungstheorien popularisiert sowie Angriffe zur Schwächung der Demokratien ausgeführt werden. Die Algorithmen dieser sozialen Medien müssen transparenter gemacht werden. Die Betreiber müssen für die Inhalte auf ihren Plattformen stärker zur Verantwortung gezogen werden, insbesondere für verfassungsfeindliche Inhalte. Hier ist viel zu tun. Sollten wir, so wie die USA, auch mit Gegenangriffen auf fremde Akteure antworten? Ich glaube, dass das in Deutschland noch auf politische und verfassungspolitische Grenzen stößt. Da bin ich im Augenblick zurückhaltend. Wichtig ist ein öffentliches Bewusstsein dafür, dass es Einflussversuche von außen durch staatliche oder nicht-staatliche Akteure gibt. Wenn die Menschen das

im Kopf haben, sind sie widerstandsfähiger gegen Wahlbeeinflussung von außen.

Sie waren viele Jahre deutscher Botschafter in Washington und London. Wie unterscheidet sich das Freiheitsverständnis im angelsächsischen Raum von unserem?

Die USA und Großbritannien gehören zu den ältesten Demokratien der Welt und können sich rühmen, niemals der autoritären Versuchung erlegen zu sein. Beide haben den Schutz individueller Menschen- und Bürgerrechte sowie das westliche Verständnis verantwortlicher Regierung maßgeblich geprägt. Ihre globale Ausstrahlungskraft beruht immer noch darauf, dass sie universelle Werte vertreten. Die deutsche Geschichte ist naturgemäß sehr viel problembehafteter. Uns ist diese gelassene Selbstverständlichkeit von jahrhundertealten Demokratien nicht gegeben. Hinzu kommt ein wichtiger Unterschied in den Regierungsformen. Die Systeme der USA und Großbritanniens begünstigen den Wettstreit zwischen zwei Parteien. Politik im angelsächsischen Raum hat daher immer etwas Agonales im griechisch-klassischen Sinne eines Wettstreites – the winner takes it all. Das prägt das Politikverständnis stark. Es zählt das Rededuell der Parteiführer und damit Charisma und Redekunst. Politik ist risikofreudlicher und selbstbewusster. Bei uns ist Demokratie besonnener und kompromissbereiter, aber auch weniger lebendig. Ich glaube auch, dass das Freiheitsverständnis im angelsächsischen Raum ein Stück weit individualistischer ist.

Worin sehen Sie heute die größte Gefahr für unsere freiheitliche Weltordnung?

Diese Gefahr sehe ich vor allen Dingen in der inneren Erosion unserer freiheitlichen Demokratien. Populismus und Geschichtsvergessenheit, also dass sich immer weniger Menschen bewusst sind, welche Katastrophen das letzte Jahrhundert geprägt haben, auch welche wir selbst verursacht haben – Krieg, Holocaust –, sowie die unheilvollen Wirkungen der sozialen Medien drohen unseren demokratischen Konsens zu untergraben. Diese innere Gefahr, dass unsere eigene Festigkeit als liberale demokratische Ordnung erschüttert wird, sehe ich als größer an als Bedrohungen von außen.

Wie sieht unsere Welt in fünf Jahren aus? Was denken Sie?

Die verschärfte Großmachtrivalität zwischen den USA und China wird die strategische Beziehung sein, die die kommenden Jahrzehnte bestimmen wird. Europa, in Gefahr zwischen den Mühlsteinen der Großmächte USA und China zerrieben zu werden, wird sich mit den USA arrangieren und eine weitere transatlantische Krise vermeiden. Das Verhältnis des Westens zu Putins Russland wird kühl und spannungsreich bleiben. Ich glaube, dass sich die EU von den Folgen der Pandemie erholen und wirtschaftlich stabilisieren wird. Als europäischer Kontinent werden wir weiterhin von Krisenherden umgeben sein. Kurz gesagt, wir werden nach wie vor in einer gefährdeten Welt leben.